

10 Inhaftierter Journalist freigesprochen

Nach fünfmonatiger Haft haben die Behörden von Guangzhou (Hauptstadt der Provinz Guangdong) den inhaftierten Journalisten Cheng Yizhong aus dem Gefängnis entlassen. Die Freilassung des investigativen Journalisten folgte anhaltenden Protesten von Menschenrechtsorganisationen und Journalisten im Westen und in China. Cheng hatte vor seiner Inhaftierung als Chefredakteur für die *Southern Metropolitan Daily (Nanfang Dushi Bao)* gearbeitet, die allgemein als kommerziell erfolgreichste Zeitung Chinas gilt.

Im März waren Cheng und zwei weitere Führungskräfte der Tageszeitung auf Grund von Korruptionsvorwürfen festgenommen und zu Haftstrafen von bis zu zwölf Jahren verurteilt worden (C.a., 2004/3, Ü 12). Die Verurteilten hatten sich mit Enthüllungsreportagen zu sozialen Missständen, Korruptionsfällen und Vertuschungsaktionen der Behörden immer wieder in politisch heikle Bereiche vorgewagt. So informierte das Blatt ausführlich über die Lungenkrankheit SARS. Zuletzt sorgte die Zeitung für Aufsehen, als sie über ein Internierungslager für Arbeitsemigranten in Guangzhou berichtete. Auf Grund von Misshandlungen durch die Polizei war dort ein junger Mann aus Wuhan zu Tode gekommen (C.a., 2003/6, Ü 9). In Folge der Berichterstattung wurden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und die Befugnisse der Guangzhouer Polizeibehörden eingeschränkt. Beobachter glauben, dass das Blatt führende Kader mit seiner schonungslosen Berichterstattung verärgert haben könnte.

In der jüngeren Vergangenheit waren mehrfach chinesische Journalisten staatlichen Repressalien ausgesetzt gewesen. Das Vorgehen, unliebsame Reporter durch Korruptionsanklagen oder wegen fehlerhafter Einwohnermeldebestätigungen mundtot zu machen, ist nach Meinung von Kommentatoren eine gebräuchliche Praxis in China. Dass Cheng Yizhong nun aus Mangel an Beweisen freigelassen wurde, sehen Menschenrechtsgruppen wie Reporter ohne Grenzen als positives Zeichen. Es gäbe nun keinen Grund mehr, Chengs

Kollegen Yu Huafeng und Li Mingyong festzuhalten, so die Organisation. Chengs Anwalt Zhang Xingshui erklärte bereits, gegen die Verurteilung von Yu und Li Revision einzulegen. (WSJ, 30.8.04; ST, 31.8.04; FAZ, 1.9.04) -fs-

11 Kampagne gegen Religionsgruppen fortgesetzt

Am 6. August verhafteten die chinesischen Sicherheitsbehörden acht Priester der katholischen Untergrundkirche in der nordchinesischen Stadt Sujiazhuang (Provinz Hebei). Das berichtete die FAZ Mitte August. Laut Angaben der Menschenrechtsorganisation Cardinal Kung Foundation im amerikanischen Connecticut seien bei der Razzia außerdem zwei Schüler verhaftet worden, die in Sujiazhuang ein religiöses Seminar besucht hatten. Die papsttreuen Katholiken seien in ein Lager nahe der Stadt Baoding eingewiesen worden, so die FAZ.

Auch gegen die protestantische Hauskirchenbewegung gingen die Behörden im August vor. In der Provinz Henan sollen mehrere hundert führende Mitglieder der Gruppe verhaftet worden sein, als sie nahe der Stadt Kaifeng zu einer Tagung zusammengekommen waren. Infolge der Fahndung seien auch Familienangehörige der Gläubigen inhaftiert worden, so die Organisation China Aid.

Die chinesische Führung stuft alle staatlich nicht anerkannten religiösen Gruppierungen als illegal ein. Sowohl die offiziell anerkannte katholische Kirche mit etwa sechs Mio. Mitgliedern als auch die „patriotische“ protestantische Kirche mit 16 Mio. Anhängern sind gleichgeschaltet und unterliegen staatlicher Kontrolle. Es wird vermutet, dass rund zwölf Mio. Untergrund-Katholiken und bis zu 50 Mio. nicht registrierte Protestanten im Verborgenen ihrer Religion nachgehen. Experten sind der Ansicht, dass die große Zahl dieser illegalen Gläubigen von der parteistaatlichen Führung als Gefahr für ihre Machtbasis und als potenzieller Unruheherd eingestuft wird. Historisch waren religiöse Gruppen in China mehrmals Ausgangspunkt von Rebellionen und Aufständen – so beispielsweise während des Boxeraufstandes oder der

Taiping-Rebellion. Es überrascht daher nicht, dass Chinas Führung in den vergangenen Jahren immer wieder gegen abtrünnige Christen und andere Religionsgemeinschaften, wie etwa die Falungong-Bewegung, vorgegangen ist (C.a., 1998/11, Ü 9; 1999/5, Ü 11; 2000/8, Ü 9; 2001/1, Ü 14; 2003/11, Ü 11). Im Jahr 2000 klassifizierten die Behörden insgesamt zwölf christliche Kirchen als „Kulte“ und machte deren Anhänger damit zum Ziel von staatlichen Repressionsmaßnahmen. (www.chinaaid.org; FT, 19.8.04; FAZ, 18., 19.8.04) -fs-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

12 Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Die Zahlen des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherung für die Arbeitsmarktentwicklung im ersten Halbjahr 2004 wurden von den offiziellen chinesischen Zeitschriften zum Anlass genommen, auf die bisherigen Erfolge der makroökonomischen Steuerung des Arbeitsmarktes hinzuweisen. Den veröffentlichten statistischen Daten zufolge wurden von Januar bis Juni d.J. in den chinesischen Städten 5,9 Mio. neue Arbeitskräfte angestellt (*jiuye*), womit das Jahresziel von 9 Mio. bereits zu 65% erfüllt war. Von den freigesetzten Arbeitskräften (*xiaogang shiye ren yuan*) – die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, aber noch nicht formell entlassen waren – konnten 2,84 Mio. wieder beschäftigt werden (*zaijiuye*), darunter 570.000 so genannte „4050“-Personen (also Arbeitskräfte in den 40er und 50er Jahren). Begrüßt wurde, dass die Arbeitslosenrate – mit 8,37 Mio. Arbeitslosen – bei 4,3% stabil gehalten werden konnte, obwohl man für 2004 mit einem Anstieg auf 4,7% gerechnet hatte. 4,54 Mio. Menschen erhielten Unterstützung aus den Fonds der Arbeitslosenversicherung, 390.000 mehr als noch Ende 2003. Die Zahl der in staatseigenen Unternehmen Freigesetzten lag mit 1,96 Mio. um 640.000 niedriger als Ende 2003.

Ein Arbeitsmarktexperte fasste laut *Guangmin Ribao* die Lage mit den Worten zusammen, dass der Beschäftigungsdruck auf dem Arbeitsmarkt angesichts der weiteren Zunahme des Arbeitskräftepotenzials und angesichts der Arbeitslosen groß bleiben werde; um vor diesem Hintergrund erfolgreich zu sein, müssten die von der Makroregulierung geschaffenen Möglichkeiten durch eine aktive Beschäftigungspolitik aufgegriffen werden. Zur Milderung des Drucks sei es auch notwendig, den Bauern durch Zuschüsse z.B. für landwirtschaftliche Geräte und Steuererleichterungen entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen, um die Landwirtschaft attraktiver zu machen. Auch die Entwicklung Westchinas sowie der alten industriellen Basen (im Nordosten) sei von Bedeutung, würden doch hier nach bisherigen Schätzungen noch in diesem Jahr 1,4 Mio. Arbeitskräfte die Landwirtschaft verlassen (*nongzhuanfei*).

In den Presseberichten wurden einige Beispiele für die Grundsätze dieser aktiven Politik genannt. So sei es inzwischen Aufgabe der Regierungen aller Ebenen, sich aktiv Beschäftigungsziele zu setzen und diese zu verfolgen. Ein wichtiger Punkt dabei sei die Ausstattung der Wiederbeschäftigungsprojekte mit ausreichenden Fonds. Im Mai 2004 haben Finanz- und Arbeitsministerium gemeinsam ein Dokument über das Aufsetzen eines solchen Fonds herausgegeben; die Regierungen aller Gebiete wurden aufgefordert, zu diesem Fonds entsprechend ihrer realen Finanzeinnahmen beizutragen (in Hubei und Hunan sollen künftig Provinz- und Stadtregierungen jeweils mindestens 1% ihres Budgets einzahlen). Mikrokredite mit Bürgschaft, die Freigesetzten den Weg in die Selbständigkeit öffnen sollen, sollen von diesen als „Regen zur rechten Zeit“ begrüßt werden. Volksbank, Finanz- und Arbeitsministerium sollen Maßnahmen beschließen haben, um die Prozeduren zu vereinfachen und die Bedingungen für Bürgschaften zu erleichtern; von Januar bis Mai wurden Kredite in Höhe von 590 Mio. Yuan vergeben, insgesamt sollen bereits für 1,22 Mrd. Yuan Kredite vergeben worden sein. Auch die Kredite für kleine arbeitsintensive Betriebe wurden ausgeweitet, des Weiteren sollen die großen und mittleren Unter-

nehmen mit einem großen Arbeitsvolumen mehr Kredite erhalten.

Weiter verbessert werden sollen die Dienstleistungen für die Arbeitslosen. So sollen vor allem die Straßenkomitees und Nachbarschaftsviertel (*shequ*) ihre Aufgaben im Vermittlungsbereich ausweiten, da sie näher an den Arbeitslosen sind. Hier sollen Institutionen entstehen, die als „one-stop“-Agenturen (*'yitiaolong' jiu ye fu wu*) die Beratung, Ausbildung, Vermittlung und Absicherung übernehmen. Auf der Ebene der Nachbarschaften, so wird vermutet, gebe es im Dienstleistungsbereich auch noch viele versteckte Arbeitsmöglichkeiten: Arbeitslose könnten z.B. den Komitees oder den Arbeitsbehörden helfen oder im Verkehrswesen, Umweltschutz und Gesundheitsbereich mitarbeiten – das Guangnei-Straßenkomitee im Xuanwu-Bezirk der Stadt Beijing habe so 81 Arbeitsplätze für „4050“er geschaffen. Nach Angaben des Arbeitsministeriums ist die Schaffung derartiger Arbeits- und Sozialstationen (*laodong baozhang gongzuo pingtai*) auf der Straßen- und Nachbarschaftsviertel Ebene schon sehr weit vorangekommen: Über 95% der Straßenkomitees haben entsprechende Organe geschaffen und über 80% der Nachbarschaftsviertel entsprechendes Personal angestellt. In Beijing haben bis Ende Juli knapp 1.800 Stadtviertel 2.158 Arbeits- und Wohlfahrtskoordinatoren eingestellt, womit sie nicht nur die Dienstleistungen für die Bewohner verbessern, sondern auch Jobs für Arbeitslose schaffen konnten.

Allmählich, so die *Renmin Ribao*, zeichneten sich die Konturen eines „aktiven beschäftigungspolitischen Systems mit chinesischen Charakteristika“ (*you Zhongguo tese de jiji jiu ye zhengce tixi*) ab, das fünf Dimensionen umfasse:

1. Die Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Entwicklung und struktureller Anpassung. Hier gehe es vor allem um die Entwicklung des tertiären Sektors, die Förderung der an Beschäftigung reichen Privatwirtschaft (der inländischen wie der mit ausländischen Investitionen), die Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie die aktive Förde-

rung aller arbeitsintensiven Unternehmen.

2. Die Unterstützung der Wiederbeschäftigung mit finanz- und geldpolitischen Mitteln, konkret durch Steuererleichterungen, Kleinkredite und Zuschüsse zur Sozialversicherung.
3. Die Verbesserung der Beschäftigungsdienstleistungen sowie der Fähigkeiten des Personals. Dies schließe den umfassenden Ausbau der öffentlichen Arbeitsmarktagenturen und eines Informationssystems sowie die Ausbildung hochqualifizierten Personals ein.
4. Das verbesserte Beschäftigungsmanagement und die stärkere Kontrolle der Arbeitslosigkeit. Die Anzahl der Arbeitsplätze und die Arbeitslosenrate seien Kennziffern der Makroplanung geworden; die Regierungen aller Ebenen seien für Beschäftigung und Wiederbeschäftigung verantwortlich, einschließlich der entsprechenden Fonds für Wiederbeschäftigungsmaßnahmen und des Vorwarnmechanismus für Arbeitslosigkeit.
5. Die Konsolidierung der Maßnahmen zur sozialen Sicherung.

Die Berichte wiesen aber auch auf den strukturellen Widerspruch zwischen der großen Zahl der Arbeitsuchenden und den – vor allem neuen und aufstrebenden – Unternehmen hin, die technisch versierte und erfahrene Arbeitskräfte suchen. Mit Bezug auf die Beschäftigungskrise bei Hochschulabsolventen berichtet die *Volkszeitung* aber auch hier von einer leichten Verbesserung der Lage im zweiten Quartal 2004. Auf den Talentmärkten (*rencai shichang*), den Arbeitsmärkten für höher Qualifizierte, seien im zweiten Quartal 2,474 Mio. Arbeitsplätze angeboten worden, während 5,109 Mio. Menschen Arbeit suchten. Damit habe sich gegenüber dem ersten Quartal das Verhältnis von Angebot und Nachfrage von 2,17:1 auf 2,06:1 leicht verbessert. Die entsprechenden Zahlen für Arbeitsnachfrage und -angebot seien gegenüber dem ersten Quartal um 15% bzw. 19% gesunken. 4,5% der Arbeitsuchenden seien Aspiranten (Postgraduierte), 44,2% einfache Hochschulabsolventen und 51,3% Absolventen von Fachschulen o.a. gewe-

sen. (RMRB, 12., 29.8.04; GMRB, 10., 12.8.04; XNA, 10.8.04) -gs-

13 Mangel an billigen Arbeitskräften in Südchina

Verschiedene Presseberichte wiesen Anfang August auf das relativ neue Phänomen eines Mangels an billigen Arbeitskräften in Südchina hin; mit anderen Worten ist der Zustrom an bäuerlichen Migranten geringer geworden. Den Meldungen zufolge sollen im Perlflossdelta in der Provinz Guangdong bis zu 2 Mio. Arbeitskräfte fehlen (Regierungsbeamte gehen nur von ca. 200.000 aus), während in der Provinz Zhejiang die Zuwanderung um 10-20% geringer ausfiel als im Vorjahr. In Shenzhen soll die Arbeitskräftelücke bereits 30-40% betragen, sodass nahezu jedes taiwanische Unternehmen Mangel melde. Allerdings habe sich dies bereits im letzten Jahr abgezeichnet, als die Nachfrage erstmals das Angebot überstieg; derzeit kommen 2-3 Jobangebote auf einen Arbeitsuchenden.

Die Suche nach den Ursachen, die längst nicht geklärt scheinen, macht einige interessante Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt für niedrig qualifizierte deutlich. Der stellvertretende Dekan der Fakultät für Arbeitsbeziehungen und Human Resources Management an der Renmin-Universität in Beijing, Prof. Liu Erduo, wies darauf hin, dass es sich um ein lokales und zeitweiliges Phänomen handelt, dass z.B. nicht für Beijing oder Shanghai gelte. Ursache sei ein unterentwickelter Arbeitsmarkt mit einem unzureichenden landesweiten Informationsnetz. Sollten sich die Informationen über die Knappheit erst einmal verbreitet haben, so vermutet er, dann würde der Mangel in etwa sechs Monaten verschwinden.

Ein weiterer Grund seien die über längere Zeiten nicht gezahlten Löhne sowie die steigenden Lebenshaltungskosten in den Städten. Dem stehe gegenüber, dass die neue Politik zur Hebung ländlicher Einkommen und gestiegene Getreidepreise die landwirtschaftliche Tätigkeit wieder attraktiver gemacht haben. Ergänzt werde dieser Trend durch die wieder zunehmenden lokalen Wirtschaftsaktivitäten auf dem Lande. Die nur noch leicht höheren Ein-

kommensmöglichkeiten in Guangdong seien kein Anreiz mehr zur Abwanderung.

Zu den Ausmaßen der Lohnrückstände erklärte der stellvertretende Bauminister am 26. August, dass im Jahre 2003 Löhne in Höhe von 16 Mrd. Yuan RMB (1,93 Mrd. US\$) nicht an die Bauernarbeiter im Bausektor ausgezahlt worden seien, vor 2003 sogar in Höhe von 32,3 Mrd. Yuan RMB (3,91 Mrd. US\$). Dank der Anstrengungen der Regierung seien davon inzwischen bis Ende Juni 2004 98,4% bzw. 87,4% den Bauernarbeitern bezahlt worden. Die Furcht vor sozialer Unruhe angesichts dieser Zahlen wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, dass von 38 Mio. Bauarbeitern über 30 Mio. ehemalige Bauern sind. Laut der FEER hat eine landesweite Untersuchung der chinesischen Regierung sogar ergeben, dass Migranten Löhne in Höhe von 360 Mrd. Yuan RMB (43 Mrd. US\$) vorenthalten wurden, in einigen Fällen wurde für 10 Jahre zurückliegende Arbeit noch nicht bezahlt. Der gleichen Untersuchung zufolge würden Löhne auf 124.000 Baustellen im ganzen Land regelmäßig nicht oder zu spät gezahlt.

Prof. Liu wies auch darauf hin, dass es trotz des Wirtschaftsbooms in den letzten sieben bis acht Jahren im Durchschnitt keine Lohnerhöhungen für Migranten gegeben habe. Südchina habe hier Nachholbedarf; denn im Yangzi-Delta seien die Migrantenlöhne inzwischen ca. 8,5% höher als im nationalen Durchschnitt. Unter den genannten Gesichtspunkten wurde der Mangel von *China Newsweek* sogar als bewusste Verweigerung interpretiert: „Migrant Workers Say No“. Dies bestätigten Manager aus Dongguan in Guangdong, die bei entsprechenden Löhnen angeblich kein Problem haben, Arbeitskräfte zu finden – anders als 90% der Betriebe in Dongguan, wo inzwischen 6 Mio. Migranten arbeiten. Wenn sich allerdings die Ströme der Migranten nach der Höhe der Löhne richten, deutete dies nicht auf einen Mangel an Informationen, sondern im Gegenteil auf deren bewusste Ausnutzung hin.

Laut Prof. Liu ist die unbefriedigte Nachfrage nach Bauernarbeitern auch ein Vorzeichen eines Wandels auf dem Arbeitsmarkt, der immer stärker bes-

ser qualifizierte Arbeitskräfte nachfrage; der Markt für schwere körperliche Arbeit sei gesättigt. Umgekehrt würden die Migranten besser bezahlte Jobs z.B. in der Elektronikindustrie den arbeitsintensiven Beschäftigten in der Bekleidungs-, Schuh-, Spielzeug-, Möbel- und Maschinenbranche vorziehen. Damit sowie mit möglicherweise steigenden Löhnen der Bauernarbeiter (ein Mitarbeiter der Citigroup in Hongkong rechnet mit einer Steigerung von 20-30% im nächsten Jahr) könnten allerdings die Gewinne bzw. die Wettbewerbsvorteile des Billiglohnssektors in Südchina schwinden. Dazu trägt auch die kürzliche Anhebung des Mindestlohnlevels in Guangdong um 100 Yuan (12 US\$) bei. (ST, 6., 17.8.04; XNA, 8., 26.8.04; RMRB, 27.8.04; FEER, 2.9.04) -gs-

14 Mindestlöhne

Mit Stand August 2004 gab die Beijinger *Volkszeitung* in einer Auswahl die folgenden Mindestlöhne bekannt: Beijing 545 Yuan RMB, Tianjin 412, 402 Yuan, Shanghai 635 Yuan, Ningbo 520, 480 Yuan, Qingdao 410, 380 Yuan, Shenzhen 610, 480 Yuan, Chongqing 400, 380, 350, 330 Yuan, Henan 380, 300, 240 Yuan, Innere Mongolei 420, 400, 380 Yuan. In einem Interview erläuterte ein Abteilungsleiter des Arbeits- und Sozialministeriums u.a. die Bedingungen, unter denen diese Mindestlöhne zum Tragen kommen, sowie die Methoden ihrer Berechnung. Eingeführt wurden sie inzwischen in allen chinesischen Provinzen, ausgenommen Tibet. Sie gelten nach den „Bestimmungen für Mindestlöhne“ nur für reguläre Arbeit, d.h., es muss ein Arbeitsvertrag abgeschlossen sein, die gesetzlichen Arbeitszeit- und Urlaubsbestimmungen müssen eingehalten werden und der Beschäftigte muss ein Rechtsanspruch auf Lohn haben – er darf also nicht wegen eines Unfalls Krankengeld beziehen oder als Rentner einer Beschäftigung nachgehen. Nicht mitberechnet werden allerdings Zahlungen wie Überstundengeld, Nacht-, Temperatur- und Gefahrezuschläge oder andere besondere Zuschüsse. Berechnet wird der Mindestlohn in Abhängigkeit von den jeweiligen lokalen Bedingungen (Preis- und Konsumniveau, Sozialversicherungs- und

Wohnungskosten, Durchschnittslöhne, Arbeitslosenrate, wirtschaftlicher Entwicklungsstand) auf zwei verschiedene Weisen. In beiden Fällen wird das Ausgabenniveau einer Gruppe von armen Haushalten mit Niedrigsteinkommen statistisch erfasst; im ersten Fall wird es mit dem „Unterstützungsfaktor“ (Anzahl der durchschnittlich unterstützten Personen) und einem Anpassungsfaktor (Sozialversicherungs- und Wohnungskosten) multipliziert, im zweiten Fall werden die durchschnittlich niedrigsten Ausgaben für Lebensmittel durch den Engelfaktor geteilt und dann mit dem Unterstützungsfaktor sowie dem Anpassungsfaktor multipliziert. (RMRB, 27.8.04) -gs-

15 Mehr Bildung für die Armen

Staatspräsident Hu Jintao hat auf einer Inspektionstour durch die Provinz Sichuan vom 13. bis 15. August die Kader im ganzen Land dringend aufgefordert, sich mehr und wirkungsvoller für die Öffentlichkeit und vor allem für ein besseres Leben der Bevölkerung einzusetzen. Im Gespräch mit Bauern versicherte er, dass die Zentralregierung ihre Politik zur Steigerung der Getreideproduktion und für höhere ländliche Einkommen nicht ändern, sondern vielmehr verbessern werde.

Die Verbesserung der Bildungssituation auf dem Lande sowie für die Kinder von Migranten ist dabei eine der Maßnahmen, der die Regierung große Bedeutung beimisst – gilt sie doch auch als Voraussetzung für die anvisierte Schaffung eines einheitlichen Arbeitsmarktes. Das Bildungsministerium gab in diesem Zusammenhang bekannt, dass es zum Herbst 2004 wesentlich mehr Mittel zur Verfügung stellen werde, um allen 24 Mio. Schülern aus armen Familien in Zentral- und Westchina den gebührenfreien Gebrauch von Unterrichtsmaterialien zu ermöglichen. Mit dieser Hilfe für die 16 Mio. Grundschüler und 8 Mio. Schüler in der Sekundarstufe I soll weiterhin die Grundlage verbessert werden, um das Ziel einer Einführung der 9-jährigen Pflichtschule zu erreichen. In diesem Sinne hatten die Finanz- und Bildungsministerien erstmals im Herbst 2001 100 Mio. Yuan

RMB in einen Spezialfonds gezahlt, der armen Schülern die kostenlose Benutzung von Schulbüchern finanzieren sollte. Dieser Fonds wurde bis 2003 auf 400 Mio. Yuan RMB ausgeweitet; bis zum Herbst d.J. soll er auf 870 Mio. anwachsen. Kamen 2001 nur 10% der armen Schüler in den Genuss der Förderung, sollen es jetzt 100% werden. Insgesamt gehören 22% der ländlichen Schüler der genannten Stufen in Zentral- und Westchina zur Kategorie der armen Schüler, wobei den Waisen prioritär geholfen werden soll, dann den Kindern aus absolut armen Familien und Familien mit Niedrigeinkommen und schließlich Kindern aus den Familien, die vorübergehend in eine Notlage geraten sind. Die genauen Antrags- und Durchführungsbedingungen sind in einem gemeinsamen Beschluss von Finanz- und Bildungsministerium vom März 2004 festgelegt („Dui nongcun yiwu jiaoyu jieduan jiating jingji kunnan xuesheng mianfei tigong jiaokeshu gongzuo zanzheng guanli banfa“).

Das Projekt Hoffnung will im zweiten Halbjahr 2004 15.000 Schülern aus Migrantenfamilien den Schulbesuch ermöglichen, gab die Chinesische Stiftung für die Entwicklung Jugendlicher (CYDF) bekannt, deren Statistiken zeigen, dass jedes Jahr rund 20 Mio. Kinder zusammen mit ihren Eltern vom Lande in die Städte kommen. Vor Beginn des neuen Schuljahres sollen Kinder in 27 Städten eine Unterstützung von 600 Yuan RMB erhalten; nur die Städte wurden ausgewählt, die die Migrantenkinder grundsätzlich den ansässigen Kindern gleichstellen. Dies gilt u.a. für Beijing, wo für Ende Juli 288.400 Migrantenkinder gemeldet wurden, von denen 235.000 vom Lande kommen. Von ihnen besuchen 189.100 öffentliche Schulen und weitere 99.200 kleine Privatschulen, die von Migranten selbst betrieben werden. Von diesen 299 meist in den Vororten gelegenen Schulen entsprechen nur 13 dem offiziellen Standard, weitere 28 hofft die Stadtregierung bis Ende 2004 auf diesen Stand zu heben. Um die Bildung der Migrantenkinder zu fördern, hat die Stadtregierung allen öffentlichen Schulen verboten, für deren Einschulung besondere Gebühren zu verlangen, die bis zu 1.200 Yuan RMB (145 US\$) für Grundschüler und 2.000

Yuan RMB (240 US\$) für Schüler der unteren Mittelstufe betragen können.

Von den Universitätsstudenten sollen sich 20% oder rund 2,4 Mio. Studenten in finanziellen Schwierigkeiten befinden, wie der stellvertretende Erziehungsminister Zhang Baoqing bekannt gab. Den Statistiken zufolge kommt die Hälfte aller Studenten vom Lande, davon einige aus armen Gebieten. Ihnen gelte besondere Fürsorge, betonte Zhang; bereits über 800.000 bedürftige Studenten haben inzwischen staatliche Bildungskredite in Höhe von 5,2 Mrd. Yuan RMB (630 Mio. US\$) unter dem 1999 geschaffenen National Facilitating Student Loan Program erhalten. (RMRB, 25.8.04; XNA, 6., 15., 17., 31.8.04) -gs-

16 Internationale Bildungsforen in Beijing

Vom 4. bis zum 10. August wurde in Beijing das zweite Forum von Präsidenten chinesischer und ausländischer Universitäten abhalten; über 160 Präsidenten und Fachleute von 120 chinesischen und einigen ausländischen Universitäten (darunter aus Yale, Stanford, Columbia, Cambridge und Oxford) diskutierten Themen wie „strategische Hochschulentwicklungsplanung“ oder „wissenschaftliche Innovation und Technologietransfer“. Erziehungsminister Zhou Ji stellte den Teilnehmern das chinesische Hochschulsystem vor, das mit über 20 Mio. Studenten das größte der Welt sei. Die Forschungsfonds in den Hochschulen seien im Vergleich mit 1998 um 400% gestiegen. Das erste Forum hatte im Juli 2002 mit 82 chinesischen und 16 ausländischen Präsidenten stattgefunden.

Ebenfalls im August wurden vier weitere Bildungsforen in Beijing eröffnet: Education Forum for Asia 2004, Beijing International Education Exposition 2004, 15th International Meeting of University Administrators, First Beijing Academy Forum. Auch sie gaben den Verantwortlichen Gelegenheit auf die Erfolge des chinesischen Bildungswesens ebenso wie auf die großen Anforderungen hinzuweisen. In einem Interview mit der *Volkszeitung* hatte der Bildungsminister schon Anfang August erneut auf die große Bedeu-

tung der Bildung für Chinas weiteren Aufstieg verwiesen.

Die beiden Strategien „Talente machen den Staat stark“ (*ren cai jiang guo*) und „Wissenschaft und Bildung führen den Staat zur Blüte“ (*ke jiao xing guo*) müssten auf jeden Fall umgesetzt werden (zu den Strategien vgl. C.a., 12/2003, Ü 13), um den Widerspruch zwischen den steigenden Bildungsanforderungen der Bevölkerung und den unzureichenden Bildungsangeboten, besonders in der qualifizierten Bildung zu lösen. Derzeit gehe in China jeder Schüler durchschnittlich acht Jahre zur Schule, ca. 92% der Bevölkerung habe eine neunjährige Pflichtschulzeit erfahren. Die Stärkung des Grundschulbereichs mit seinen 201 Mio. Schülern sei daher von entscheidender Bedeutung; besonders gefördert werden müsse die ländliche Bildung. In Westchina soll bis 2007 für über 85% der Schüler die neunjährige Pflichtschule verwirklicht werden. Ausgebaut werden müsse auch die Berufsschulbildung, ohne die die Industrialisierung und Modernisierung des Landes unmöglich sei. Im Hochschulbereich müssten Millionen von Fachleuten und eine große Gruppe von kreativen Spitzenkräften ausgebildet werden. Dem soll auch die internationale Kooperation dienen; mit Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Australien und Neuseeland seien seit 2002 Abkommen über die Anerkennung von Hochschulabschlüssen geschlossen worden. Und schließlich müsse ein System lebenslangen Lernens errichtet werden, um die chinesische zu einer „lernenden Gesellschaft“ (*üixing shehui*) zu machen.

Vor diesem Hintergrund ist eine Meldung aus der Provinz Guangdong interessant, wo offensichtlich aufgrund des Ausbaus arbeitsintensiver Industrien lange Zeit der Ausbau des Bildungswesens vernachlässigt wurde. Daher können hier nur für 17% der Abgänger der Sekundarstufe II Plätze an Hochschulen zur Verfügung gestellt werden. Damit liegt die Provinz weit hinter den Städten Beijing und Shanghai zurück und nur knapp über Hunan (16,4%). Verantwortlich für diese Situation sind auch die geringen Bildungsausgaben, die mit 2,74% Anteil am BIP im Jahr 2003 niedriger ausfielen als in den armen Provinzen Yunnan, Guizhou und Shaanxi. Aller-

dings hat die Provinzregierung jetzt beschlossen, diesen Missstand zu beheben und will die Ausgaben bis 2005 auf 4% Anteil am BIP und bis 2010 sogar auf 5% anheben. Der Anteil der Studenten (an dem jeweiligen Absolventenjahrgang) soll auf 20% i.J. 2005, 28% i.J. 2010 und 40% i.J. 2020 angehoben werden – wobei der Parteivorsitzende noch höhere Zahlen fordert (30% i.J. 2010 und 50% i.J. 2020). Hochschulprofessoren befürchten angesichts dieser rapiden Steigerung allerdings eine mögliche Verschlechterung der Ausbildung. (RMRB, 3.8.04; XNA, 2., 4., 10., 23., 24.8.04; SCMP, 12.8.04) -gs-

17 87 Millionen Internetnutzer

Laut dem 14. statistischen Bericht zur Internetentwicklung in China, herausgegeben vom China Internet Network Information Centre (CINIC), gab es zum 30. Juni 2004 87 Mio. Internetnutzer in China, ein Zuwachs von 27,9% gegenüber dem Vorjahr (Bericht unter <http://www.cnnic.net.cn/download/2004/2004072002.pdf>). Die Zahl der Websites ist um 32,3% auf 627.000 gestiegen – ein Zeichen für die blühende Internetindustrie in China –, wobei 84% der Seiten in Nord-, Ost- und Südchina eingestellt wurden. Ein weiterer Hinweis auf die regionalen Unterschiede geben die Domain-Namen: Von 382.000 wurden 79,1% in Nord-, Ost- und Südchina registriert. Die größte Zahl der Domain-Namen hat Beijing (24,3% von allen), ca. 240-mal mehr als Qinghai (0,1%).

Einen Hinweis auf die Unterschiede im Informationszugang gibt auch die jüngste Statistik der State Administration of Radio, Film and Television. Danach verfügen über 80 Mio. Chinesen in über 574.000 Dörfern immer noch nicht über einen Radio- oder Fernsehanschluss. Nachdem 1998 ein Programm gestartet worden war, alle Dörfer anzuschließen, konnten mithilfe von Investitionen in Höhe von 1,76 Mrd. Yuan RMB (ca. 212 Mio. US\$) immerhin 117.000 Dörfer bzw. über 70 Mio. Landbewohner mit entsprechenden Anschlüssen versorgt werden. Der Anteil der Chinesen, der Zugang zu Radio und Fernsehen hat, stieg damit von 1998 88,3% bzw. 89% auf 93,6%

bzw. 94,8% im letzten Jahr. (RMRB online, 11.8.04; XNA, 30.8.04) -gs-

18 Olympische Erfolge sollen der Modernisierung nützen

Als die olympische Fahne am Ende der 28. Olympischen Sommerspiele in Athen dem Beijinger Bürgermeister Wang Qishan als nächstem Ausrichter im Jahre 2008 übergeben wurde, konnten die Chinesen auf äußerst erfolgreiche vierzehn Tage zurückblicken. Die größte chinesische Olympiamannschaft der Geschichte hatte mit 32 Gold-, 17 Silber- und 14 Bronzemedailles weit mehr erreicht, als man sich vorgenommen hatte. Nur die USA konnten mehr Goldmedaillen (35) vorzeigen und nur die USA sowie das drittplatzierte Russland konnten sich insgesamt über mehr Medaillen freuen. Die chinesischen Sportler hatten, so die *China Daily*, den Konkurrenten einen „Schauer“ eingejagt und das Terrain bereitet, um dann in vier Jahren in Beijing alle anderen Nationen zu übertreffen.

Athen galt den chinesischen Sportfunktionären als Testlauf für die Spiele in der eigenen Hauptstadt, bei denen man sich nicht blamieren will. 407 Athleten schickten sie nach Griechenland und besetzten erstmals alle Sportarten. Bereits seit Ende der 90er Jahre bereitet man sich systematisch auf den großen Auftritt in Beijing vor. Als 1998 die australischen Behörden vor den Schwimmweltmeisterschaften im Gepäck der chinesischen Mannschaft massenweise Ampullen verbotener Substanzen entdeckten, zogen die Chinesen ihr Team zurück. Anschließend wurde „im eigenen Lager in einer Art sportlicher Kulturrevolution“ aufgeräumt und Trainer entlassen. Allerdings beklagen Dopingkontrolleure immer noch, dass sie für China ein Einreisevisum beantragen müssen und damit die Vorwarnzeit für die heimischen Athleten ausreichend verlängert wird.

Vor allem aber wurde die Sportförderung ebenfalls umgestellt. Stipendien wurden auf bis zu 500 Euro im Monat erhöht, trainiert wird mit modernstem technischen Gerät, Wissenschaftler und Mediziner steuern gestützt auf Computerauswertungen die Belastungen. In den Sportschulen wer-

den jetzt Fächer wie Ernährung und Psychologie unterrichtet. Städte und Provinzen unterstützen derzeit 17.000 Karrieren. Für die Spiele 2008 werden 3.200 Sportler in den Landeskadern geführt. Das gesamte Programm wird von der Regierung mit 40 Millionen Euro jährlich unterstützt. Schon nach Athen wurden vor allem junge Sportler geschickt, die ihre Karriere noch vor sich haben. Und für sie wurden auch Anreize geschaffen: Wer aus Athen Gold nach Hause brachte, erhielt 200.000 Yuan RMB Prämie (rund 20.000 Euro), für Silber gab es 120.000 Yuan, für Bronze 80.000.

Die Sieger wurden bei ihrer Heimkehr von der *Volkszeitung* in höchsten Tönen gelobt, sie hätten die Gefühle des chinesischen Volkes erregt und dessen Moral gesteigert. Der ganzen Welt sei durch die chinesischen Athleten Geist und Haltung der chinesischen Nation vor Augen geführt worden, sich stetig selbst zu steigern, enthusiastisch zu sein, mit jugendlichem Sinn vorwärts zu streben sowie voller Energie und Unternehmungsgeist für den Aufbau einer Gesellschaft mit umfassendem bescheidenen Wohlstand zu kämpfen. Der Sport, so verkündete die Parteizeitung, blühe nur, wenn auch das Land gedeihe; die sportlichen Erfolge seien daher Inbegriff der Erfolge in den Reformen. Jetzt gehe es (im Umkehrschluss) darum, den sportlichen Geist in den Aufbau Chinas zu überführen. Dafür brauche man eben auch ein physisch gesundes Volk, m.a.W. eine nationale Fitnesskampagne. (*Hamburger Abendblatt*, 20., 30.8.04; *taz*, 27.8.04; *RMRB online*, 30.8.04) -gs-

len Beteiligungshöhe von 20%, die ausländische Banken als strategische Investoren an einzelnen Banken besitzen dürfen. Durch die Beteiligung an der Bank of Communication hat die HSBC Zugang zu einem Filialnetz von 2.700 Bankniederlassungen in 137 Städten.

Die Bank of Communication ist die fünftgrößte Bank in China. Sie soll Ende 2003 Aktiva in Höhe von 111,9 Mrd. US\$ und faule Kredite von 19,8 Mrd. US\$ bzw. eine Quote uneinbringlicher Kredite von 3,4% aufgewiesen haben. Neben der Beteiligung von HSBC ist auch der Einstieg des National Security Fund als strategischem Investor bei der Bank of Communication vorgesehen, der einen Anteil von rd. 10% halten wird.

Die HSBC, die im Jahre 1865 in Hongkong gegründet wurde, gilt als die weltweit zweitgrößte Bank. Im 1. Halbjahr 2004 belief sich ihr Vorsteuergewinn auf 7,8 Mrd. Euro, ein Anstieg um 53% gegenüber der Vorjahresperiode. Die HSBC ist bereits seit vielen Jahren im chinesischen Markt aktiv und hält eine Beteiligung in Höhe von 8% an der Bank of Shanghai und über ihre Hongkonger Tochtergesellschaft, die Hang Seng Bank, sowie eine Beteiligung von 15,98% an der Industrial and Commercial Bank of China. Weiterhin ist sie an der Ping An Insurance Co., Chinas zweitgrößter Lebensversicherung, mit 9,9% beteiligt. (*XNA*, 6.8.04; *WSJ*, 9.8.04; *FAZ*, 3.8., 7.8.04; *NZZ*, 8.8.04; *NfA*, 10.8.04)

Um das Engagement ausländischer Banken in China zu erleichtern, sollen eine Reihe bestehender Restriktionen abgebaut bzw. gelockert werden. Die Bankaufsichtsbehörde Chinas, die China Banking Regulatory Commission (CBRC), will die Kapitalanforderungen für Bankniederlassungen ausländischer Banken sowie die Wartezeiten zwischen der Eröffnung einzelner Bankniederlassungen reduzieren. Die Liberalisierungsschritte sollen ab dem 1.9.04 in Kraft treten.

Für Banken, die im RMB-Geschäft mit chinesischen Unternehmen aktiv sind, wurde die Kapitalanforderung bei der Gründung von 400 Mio. RMB auf 300 Mio. RMB (rd. 36 Mio. US\$) gesenkt. Auslandsbanken, die RMB-Geschäfte mit chinesischen Einzelper-

sonen durchführen, müssen nach den neuen Bestimmungen nicht mehr 600 Mio. RMB, sondern nur 500 Mio. RMB (rd. 60 Mio. US\$) Gründungskapital vorweisen. Weiterhin wird die bestehende Wartezeit von einem Jahr, die bisher nach der Gründung einer Niederlassung besteht, aufgehoben.

Nach Angaben der CBRC waren Anfang 2004 insgesamt 64 Auslandsbanken mit 192 Niederlassungen und 209 Repräsentanzen vertreten. Geschäfte in Inlandswährung sollen bereits rd. 100 Niederlassungen durchführen können. Das bisher größte Netz von Niederlassungen einer Auslandsbank weist die HSBC mit 9 Filialen auf. (*WSJ*, 3.8., 8.8.04; *FT*, 5.8.04) -schü-

20 „China und Indien werden globalen Textilhandel dominieren“

In einem Diskussionspapier auf der Webseite der Welthandelsorganisation (WTO) von August 2004 werden die Auswirkungen der anstehenden Liberalisierung des globalen Textil- und Bekleidungshandels untersucht. Der Autor kommt wie zuvor Autoren früherer Untersuchungen zu dem Schluss, dass China und Indien am stärksten von der Aufhebung der Textilquoten der Industrieländer profitieren werden. Andererseits werde der Anstieg des Marktanteils beider Länder auf den Märkten der USA, der EU und Kanadas geringer ausfallen als oftmals angenommen. Die räumliche Nähe zu den jeweiligen Märkten würde nach wie vor von Bedeutung sein, und andere Entwicklungsländer würden zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Dies könnte zulasten des chinesischen Marktanteils gehen, da sich das Land bisher noch nicht als besonders wettbewerbsfähig in den Design- und Modesegmenten gezeigt habe.

In den Jahren 1995 und 2002 war China das weltweit größte Exportland von Textilien und Bekleidung. Der globale Marktanteil (ohne den Intra-EU-Handel) stieg in diesem Zeitraum bei Textilien von 22,5% auf 30% und bei Bekleidung von 16% auf 22%. In beiden Jahren zählten Italien, Deutschland, Südkorea, Taiwan, Frankreich, Belgien, Japan und Großbritannien zu den wichtigsten Exporteuren von Textilien. Die Türkei und Indien konn-

Außenwirtschaft

19 HSBC wird strategischer Investor bei Bank of Communication

Anfang August kündigte die britische Hongkong and Shanghai Banking Corporation (HSBC) an, dass sie von der chinesischen Bank of Communication einen Aktienanteil von 19,9% zu einem Wert von 1,747 Mrd. US\$ übernehmen wird. Der Einstieg der HSBC erfolgt innerhalb der maxima-